



Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer Mittwoch, den 30. Juni.

### Mit 1. Juli

beginnt ein neues Abonnement auf die

## „Laibacher Zeitung“.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert und betragen:

#### Ganzjährig:

Mit Post unter Schleifen . . . . .	15 fl. — kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	12 " — "
Im Comptoir abgeholt . . . . .	11 " — "

#### Halbjährig:

Mit Post unter Schleifen . . . . .	7 fl. 50 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	6 " — "
Im Comptoir abgeholt . . . . .	5 " 50 "

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Laibach im Juni 1880.

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Juni d. J. dem Fürstbischöfe von Gurk Dr. Valentin Wierly in Anerkennung seiner vielfährigen verdienstvollen Wirksamkeit die Würde eines geheimen Rathes tagsfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 26. Juni 1880 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVIII. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 75 das Gesetz vom 7. Juni 1880, betreffend die Gewährung eines Darlehens aus Staatsmitteln an die Besitzer der durch den Wassereinbruch vom Februar 1879 inunbirteten Dux-Ossegger Kohlenwerke: Böllinger, Fortschritt, Nelson, Gisela und Victorin;

Nr. 76 das Gesetz vom 11. Juni 1880, betreffend die Eräumung finanzieller Begünstigungen für die Anlehen der Fisch-Regulierungs-genossenschaften;

Nr. 77 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 20. Juni 1880, betreffend die Ermächtigung des kön. ungarischen Nebenzolamtes erster Classe zu Tölgyes zur Austrittsbehandlung von Bier.

(„Wr. Btg.“ Nr. 145 vom 26. Juni 1880.)

## Feuilleton.

### Bur Impffrage.

Vom städtischen Polizeiarzte Dr. F. Illner.

Da ich als städtischer Polizeiarzt neben anderen auch das Impfgeschäft im Laibacher Stadtrayon zu besorgen habe, höre ich gerade jetzt zur Zeit der regelmäßigen Impfung des östern an mich die Frage stellen: „Was halten Sie von der Impfung?“ und stellen: „Soll ich mein Kind impfen lassen?“ Die Beantwortung dieser Frage dürfte für manche Eltern, denen das physische Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt und welche sich im Gewirr der divergierenden Meinungen über die Vortheile der Impfung kein richtiges Urtheil bilden können, nicht unerwünscht sein, und würde es mich freuen, wenn ich durch Veröffentlichung dieser Zeilen ein Scherflein zur guten Sache mit beigetragen hätte.

Als ich im Jahre 1873 in der Krankenhausepitale zu Klagenfurt während der Zeit einer in Rärnten ausgebrochenen größeren Blatternepidemie die Blatternabtheilung durch volle acht Monate mit zu versehen hatte, mußten über strengen Auftrag bei jedem neuen Zuwachs im Protokoll in die Colonnen „geimpft oder nicht geimpft“, „Krankheitsverlauf“, „Krankheitsdauer“ die entsprechenden Daten genau eingetragen werden, und gelangte ich an der Hand dieser durch verhältnismäßig längere Zeit gesammelten statistischen Daten und eigenen Augenscheines zu der für mich unumstößlichen Ueberzeugung, daß der Krankheitsverlauf, was

## Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Presgericht in Triest hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 8. Juni 1880, Z. 460/3855, die Weiterverbreitung der in Rom erscheinenden Zeitung „Il Diritto“ Nr. 150 vom 29. Mai 1880 wegen des Artikels „Roma, 28. Maggio“, beginnend mit „Avant' iori sera in una sala“ nach § 58 c St. G. verboten.

Das k. k. Landesgericht in Strassaden in Lemberg hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 3. Juni 1880, Z. 7982, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Bonus Pastor“ Nr. 11 vom 29. Mai 1880 wegen des Artikels „Przemysl 21. maja“ von „Zalowac tylko trzoba“ bis „dowolności rachmistrów“ nach § 300 St. G. verboten.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Landtagsession.

Je weiter die Verhandlungen der Landtage vorschreiten, desto entschiedener macht sich bei den einzelnen Parteien die Ueberzeugung geltend, daß praktische Resultate nur durch gegenseitiges Entgegenkommen erreicht werden können, somit die nationalen und politischen Gegensätze mindestens bei solchen Fragen, welche das Gebiet der materiellen Interessen berühren, thunlichst in den Hintergrund gedrängt werden müssen. In Consequenz dessen haben die Salzburger Liberalen, trotzdem nunmehr weder der Landeshauptmann noch dessen Stellvertreter ihrer Partei angehören, ihren Streit aufgegeben und betheiligen sich wieder eifrig an den Verhandlungen des Landtages. Das Gleiche gilt von der nationalen Minorität in Krain, welche ebenfalls mit anerkennenswerthem Fleiße ihren parlamentarischen Pflichten obliegt, trotzdem sie bei Beginn der Session dem Landtage in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die Legalität abgesprochen hat. Auch im galizischen Landtage scheint die Spannung zwischen Polen und Ruthenen allmählich weichen zu wollen; wenigstens sind bei den in jüngster Zeit vorgenommenen Commissionswahlen die Ruthenen überall angemessen berücksichtigt worden, ein Beweis, daß die polnische Majorität zu besserer Einsicht gelangt und nicht weiter gewillt ist, von ihrer Mehrheit so rücksichtslosen Gebrauch zu machen, wie bisher.

Ähnliche, ja in gewisser Richtung noch günstigere Symptome sind in den Landtagen von Böhmen und Währen zutage getreten, obgleich daselbst die Parteigegensätze bisher leider nichts von ihrer Schärfe eingebüßt haben. Musste schon der maßvolle Ton der Debatte im böhmischen Wahlreformausschusse, und besonders die veröhnlichen Erklärungen der Vertreter des Großgrundbesitzes, welche jede nationale Voreingenommenheit gegenüber dem czechoslawischen Volke entschieden von sich wiesen, einen günstigen Ein-

druck hervorbringen, so hat das nicht genug anzuerkennende Entgegenkommen der Majorität des Budgetausschusses den Wünschen der Nationalpartei gegenüber selbst die sonst nichts weniger als vorurtheilsfreien „Narodni Listy“ zu einer in ihren Spalten eben nicht häufig vorkommenden Manifestation veranlaßt. Das genannte Blatt spricht nämlich die Ueberzeugung aus, die heurige Landtagsession werde zum mindesten insoferne Erfolg haben, als man auf versaffungstreuer Seite die Nothwendigkeit anerkenne, sowohl in privaten als öffentlichen Kundgebungen darauf Gewicht zu legen, daß die versaffungstreuen Deutschen keineswegs nationale, sondern bloß politische Gegner der Czechen und als solche bereit seien, in nationalen Fragen Zugeständnisse zu gewähren. In der That hat die versaffungstreue Majorität durch die einstimmige Votierung bedeutender Summen für das böhmische Nationaltheater, dann durch die namhafte Erhöhung der Subvention für das böhmische Museum, die böhmische Gesellschaft der Wissenschaften und ähnliche Institute einen hohen Grad von Unparteilichkeit und Gerechtigkeitsinn an den Tag gelegt, und man kann nur aufrichtig wünschen, derselbe möge auf der anderen Seite die gebührende Würdigung finden und zu einer weiteren Annäherung auch in anderen Dingen führen.

Im mährischen Landtage gehen die versaffungstreue und die nationale Partei in wirtschaftlichen Fragen miteinander Hand in Hand, und selbst in solchen Angelegenheiten, welche nationale Interessen berühren, legt die versaffungstreue Majorität, eingedenk der erhebenden Worte, welche Se. Majestät der Kaiser bei seinem jüngsten Aufenthalte in Brünn an die ihn begrüßende Landtagsdeputation gerichtet hat, größeres Entgegenkommen an den Tag als sonst. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, dem Gesuche des böhmischen Schulvereins in Brünn „Matice školstá“ um Gewährung einer Subvention aus Landesmitteln über Antrag des Berichtstatters Dr. Sturm einstimmig Folge gegeben worden, und wenn es auch bei dieser Gelegenheit zwischen den beiderseitigen Wortführern ohne Recriminationen nicht abgieng, so trugen diese doch bei weitem nicht jenen gereizten Charakter, wie in früheren Jahren, abgesehen davon, daß eigentlich nur darüber gestritten wurde, welche von beiden Parteien das größere Maß österreichischer Gesinnung für sich in Anspruch nehmen dürfe.

Wenn schließlich in Betracht gezogen wird, daß auch in den Landtagen von Oberösterreich, Steiermark, Tirol, der Bukowina und Dalmazien, wo ebenfalls verschiedene politische und nationale Parteien einander gegenüberstehen, die legislative Arbeit ihren ungestörten, durch keinerlei Zänkereien getriebten Fortgang

Intensität und Folgezustände betrifft, bei geimpften Individuen ein viel milderer, der fieberhafte Zustand mäßiger und der Eiterungsprozess kein so tiefgreifender und verunstaltender ist, als bei Nichtgeimpften, trotzdem bei allen Erkrankten die Heilmethode — einfaches Bedecken des Gesichtes mit einer in eine Mischung von Glycerin und Olivenöl getauchte Leinenmaske — stets dieselbe blieb. Von Todesfällen an Blattern war auf Seite der Geimpften während meiner Dienstzeit auch nicht ein einziger zu verzeichnen.

Die Gegner der Impfung, welche ihr Contingent zumeist aus dem halbgebildeten Laienthum stellen, behaupten zuverdröft, es werde durch dieselbe Scrophulose, Tuberculose, Syphilis, kurz die ganze auf constitutioneller Blutentmischung beruhende Reihe von Krankheiten übertragen, suchen aber keineswegs die Ursache dieser Krankheiten in den mit der Zunahme der Bevölkerung wachsenden socialen Uebelständen, in der fehlerhaften, Krankheiten vermittelnden Beschaffenheit der allgemeinen Lebenssubstrate, wie: Luft, Trinkwasser, Nahrung und Genußmittel, bürgerlicher Verkehr, einschließlic der Vererbung. Wenn man die in zahlreichen Flugchriften verbreiteten haarsträubenden, tendenziös entstellten impfgegnerischen Berichte liest, so sollte man füglich glauben, die Menschheit sei durch das Institut der Impfung auf den Aussterbe-Etat gesetzt oder zum mindesten dem allgemeinen Siechthum anheimgegeben; blättern wir hingegen in den statistischen Tabellen der allgemeinen Volkszählungen, so finden wir, daß die Bevölkerungszahl in steter Zunahme begriffen ist, ja sich in wenigen Decennien stellenweise nahezu verdoppelt hat.

Wenn ich auch nicht behaupten will, daß zu dieser erfreulichen Thatsache neben den friedlichen Gewohnheiten, den verbesserten staatlichen Einrichtungen, der Zunahme der allgemeinen Bildung und öffentlichen Moral auch die unausgesetzte ärztliche Hilfe und speciell die Impfung das Zfrige beigetragen habe, so steht doch so viel fest, daß dieselbe nicht nur nicht schadet, sondern der Menschheit seit ihrer Einführung von namhaftem Nutzen war. Wir hören heute nicht mehr von jenen mörderischen Blattern-Epidemien, welche dereinst ganze Ortschaften entvölkerten und dem überlebenden Theile einen Denktzettel in der Gestalt eines häßlichen, narbendurchfurchten Gesichtes und anderer bleibender Uebel, wie: Erbblindung, Taubheit, Stimmlosigkeit u., hinterließen. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß infolge leichtsinnigen und gewissenlosen Gebarens beim Impfvorgang und beim Versandt der Vaccinolymphe schon mancher Unglücksfall zu beklagen war; allein im Verhältnisse zu der Zahl der Geimpften, welche Millionen ausmacht, ist dieser Bruchtheil ein verschwindend kleiner. Nur bei einem völligen Ignorieren der statistischen Resultate, welche eine wesentliche Abnahme der Sterblichkeit seit Einführung der Vaccination außer Zweifel stellen, kann man diese Ausnahmefälle als Gründe gegen die Kuhpockenimpfung anführen (Niemeher). Und selbst diese wenigen Unglücksfälle ließen sich zum Theil gänzlich vermeiden, wenn die nöthige Vorsicht nicht außeracht gelassen wird.

Der gewissenhafte Arzt untersucht die Eltern des Vorimpflings und den letzteren auf das sorgfältigste, beim Eröffnen der Pustel achtet er darauf, daß nur reinste Lymphe hervorquillt und er nicht etwa die

nimmt, dann darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Session der Landesvertretungen, trotz einzelner Mißstände bei Beginn derselben, im ganzen und großen einen würdigen Verlauf nehmen und hierdurch ein kräftiges Desavon jenen Journalen ertheilt werden wird, welche nicht müde wurden, eine ungewöhnlich stürmische Session zu prognosticieren.

### Zur Wahlreform in Böhmen.

In der Freitagssitzung trat der böhmische Landtag in die Berathung des von der Regierung eingebrachten Wahlreformentwurfes ein. Die Debatte nahm, wie man wohl erwarten konnte, große Dimensionen an und schlang sich zu einer Höhe auf, welche die Discussionen in unseren parlamentarischen Körperschaften seit Jahren nicht mehr erreichten. Nicht in den einzelnen Bestimmungen der Wahlordnung, nicht im Wahlkreise und Wahlkörper wogte der Kampf. Es traten mit einemmale die Gegensätze auf, welche seit langem öffentlich nicht mehr maßen — der Centralismus und der Föderalismus. Graf Mannsfeld war es, welcher zuerst die Frage in dieser Richtung präcisirte und festhielt. Die Tendenz der Vorlage sei, den Nationalen und Feudalen zur Mehrheit im Landtage zu verhelfen. Damit würde dieser föderalistisch und ein Hebel für die föderalistischen Bestrebungen im ganzen Reiche geschaffen werden. In dem scharfen, entschiedenen Auftreten der verfassungstreuen Großgrundbesitzer, welche die Führung der Debatte im Namen der gesammten Partei übernehmen, liegt das Charakteristische der Prager Landtagsverhandlung. Der Großgrundbesitz ist an die Spitze der Partei getreten. Graf Mannsfeld erklärte, der Großgrundbesitz sei weder deutsch noch czechisch, sondern österreichisch. Ihn zertrümmern, hieße ein österreichisches Element zerlegen, eine österreichische Partei zertrümmern. Graf Mannsfeld hob die Nothwendigkeit des Centralismus im Hinblick auf die internationalen Verhältnisse, auf die Machtstellung des Reiches nach außen hervor. Sicherlich ist die Nothwendigkeit einer centralistischen Organisation Oesterreichs selten mit solcher Entschiedenheit verfochten und proclamirt worden, wie dies seitens dieses Redners geschah. Indessen verwahrte der Sprecher sich gegen den Vorwurf nationaler Unversöhnlichkeit. Er will den Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren lassen — aber die Staatseinheit dürfe nicht gefährdet, Oesterreich kein nationaler oder feudaler Staat werden.

Fürst Schönburg lehrte die conservativste Nuance des verfassungstreuen Großgrundbesitzes hervor. Er will nicht, daß an den Rechten des fideicommissarischen Großgrundbesitzes gerüttelt werde. Er tritt für das Vorrecht der Majorate ein. Die Hand zur Versöhnung, welche die Czechen reichen, will auch er erfassen, falls mit der anderen nicht der Hammer gegen die Verfassung geschwungen wird. Die Rede des Freiherrn v. Scharschmid war eine heftige Polemik gegen die Regierung, ein erbitterter Angriff folgte dem andern. Sie mochte deshalb reich an oratorischen Effecten sein, blieb jedoch vielleicht ihrer Heftigkeit wegen an principiellen Inhalte und Bedeutung hinter derjenigen des Grafen Mannsfeld zurück. Die czechischen Redner Zeithammer, Ferzabek und Gregor bekundeten keine Begeisterung für die Regierungsvorlage. Sie traten für dieselbe als für eine Abschlagszahlung ein und sahen in ihr den ersten Schritt zur gänzlichen Umgestaltung der Wahlreform.

Der Statthalter Baron Weber widerlegte in längerer Rede die von den Gegnern des Entwurfes erhobenen Einwände, wies die Nichtstichhaltigkeit derselben nach und betonte, daß der Vorlage keineswegs der Charakter eines Partei- oder Tendenzwerkes innewohne, und daß dieselbe dem aufrichtigen Bestreben der Regierung entsprungen sei, den allseits anerkannten Mängeln der böhmischen Landtagswahlordnung in möglichst gerechter und billiger Weise abzuwehren. — Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Samstag anberaumt.

### Zeitungschau.

Die „Presse“ ist ganz einverstanden mit der Ablehnung der von der Regierung eingebrachten böhmischen Wahlreformvorlage, die den Wünschen keiner Nationalität entspreche, bedauert jedoch, daß die deutsche Partei in Böhmen nicht auf den Vorschlag des Dr. Krieger eingehe, außerhalb des Parlaments und des Landtages Berathungen über den nationalen Ausgleich zu eröffnen. Da die Deutschen im Landtage über die Majorität verfügen, so haben sie es ja in ihrer Hand, sich vor den Czechen sicher zu stellen. Wenn die Deutschen Mißtrauen gegen die Regierung haben, so mache man doch den Ausgleich ohne Regierung und trete mit der vollendeten Thatsache vor sie hin. Verschmäht man die conservative Basis, so wähle man doch die liberale, um dem Premier sagen zu können: „Hic Rhodus, hic salta. Sie haben den Ausgleich gewollt, hier ist er, geben Sie ihm Ihren ministeriellen Segen.“

Die „Morgenpost“ hegt die Ueberzeugung, daß der böhmische Landtag — im Falle der Ablehnung der Wahlvorlage — wahrscheinlich doch aufgelöst werden dürfte, und stützt ihre Ansicht auf die gewagte, durch keine Thatsache unterstützte Behauptung, daß Minister Dr. Pražak angeblich die Seele des Cabinets Taaffe sei.

Das „Vaterland“ sagt, der Minoritätsbericht des Dr. Krieger biete neuerdings die Hand zur Versöhnung. Was thut aber die Majorität des Landtages? Herbst sagt: Beati possidentes und kehrt damit den Böhmen einfach den Rücken. Man findet es nicht einmal für nothwendig, auch nur den Schein eines Entgegenkommens zu wahren. Ob sich doch nicht auch da einmal der Satz bewahrheiten wird, daß Hochmuth vor den Fall kommt!

Das „Neue Wiener Tagblatt“ stellt eine mathematische Berechnung an, der zufolge Wien 1526 Abgeordnete erhalten müßte, wenn man für die Residenz nach den Principien der böhmischen Wahlreformvorlage vorgehen wollte.

Ueber das energische Vorgehen der Regierung gegenüber den Irredentisten in Triest schreibt man dem „W. Extrablatt“ aus Triest, daß der Minister des Innern, Graf Taaffe, eine „starke Hand“ bekunde. Der Triester Tramway-Gesellschaft wurde die Verlängerung ihrer Concession auf 50 Jahre unter der Bedingung vom Minister des Innern bewilligt: „Die Tramway-Gesellschaft dürfe in ihren Diensten bloß österreichische Staatsbürger anstellen.“ Wenn wir uns einerseits, sagt das Blatt, zu dieser „festen Hand“ beglückwünschen, in der wir, was speciell Triest anbelangt, die Interessen des Reiches gesichert wissen, so möchten wir andererseits die Mahnung nicht unterlassen, diese feste Hand möge auch anderswo, und zwar überall dort kräftig walten, wo es noth thut. Wenn die Regierung es sich mit löblichem Eifer angelegen sein

läßt, in Triest den Tramway-Irredentisten auf die Finger zu schauen, so sollte sie doch auch überwachen, daß der österreichische „Lloyd“, eine mit schweren Millionen österreichischen Geldes dotierte Gesellschaft, nur österreichische Staatsbürger in ihren Diensten verwende, so wie es das Statut des „Lloyd“ vorschreibt, was aber in der Praxis nicht geschehe.

Mit Ausnahme des „Fremdenblatt“, welches ein günstiges Ergebnis der Berliner Conferenz erwartet, sehen die andern Journale, insbesondere die „Neue Presse“, das „Tagblatt“ sowie „Vorstadt-Zeitung“, mit Bangen der Lösung des orientalischen Problems entgegen und weisen auf eine ganze Reihe von Verwicklungen hin, die aus der Haltung Griechenlands, der Bulgaren und der Albanesen resultieren können.

### Vorgänge in Frankreich.

Die Amnestierede Gambettas nimmt in Frankreich noch immer das allgemeine Interesse beinahe ausschließlich in Anspruch; selbst die heftigen Angriffe, welche die Durchführung der Märzdecrete sozusagen in der letzten Stunde von Seite der Rechten des Senats erleiden muß, treten vor jenem Ereignisse in die zweite Linie zurück. Nichts zeugt eindringlicher für die elementare Gewalt der Rede und die unbestrittene Präpotenz des Redners, als die Kritik, welche von rechts und links an ihnen geübt wird. So stimmt nun auch der kalte, verbissene Clémenceau in den Bekehrungen der extremen Politiker ein, daß Frankreich einen neuen Tyrannen habe, den „Tyrannen“ Gambetta. Es enthüllte sich in dessen Rede ein Regierungssystem, welchem die Geschichte einen furchtbaren Namen gegeben habe. „Morgen“, schließt Clémenceau seine grimmige Philippika, „wird Herr Gambetta sich ohne Zweifel wieder auf den Präsidentenstuhl niederlassen. Männer, die sich den Titel Minister geben, werden Erlässe unterzeichnen und von der Tribüne Papiere verlesen, die man ihnen vorher zurecht gemacht hat. Aber das Land ist Zeuge, daß dies nur ein eitler Schein ist, der niemanden mehr täuschen kann. Die demüthigen und treuen Freunde mögen noch so heldenmüthig die Verantwortlichkeit für die Fehler auf sich nehmen und den Ruhm der Erfolge ihrem Führer überlassen; mit dem besten Willen läßt sich nicht mehr verkennen, was allen in die Augen springt: Herr Gambetta ist Herr der Gewalt.“

Die „Patrie“ veröffentlicht an hervorragender Stelle folgende Note, für deren Inhalt ihr die Verantwortung überlassen bleiben mag: „Der Präsident der Republik hat die Absicht, vor der Promulgierung des Amnestiegesetzes an die beiden Kammern eine Botschaft zu richten, in welcher er dem Lande die Tragweite dieser wichtigen Maßregel auseinandersetzen würde. Herr Grévy, versichert man uns, hätte diesen Beschluß mit Rücksicht auf neue Berichte, welche dem Minister des Innern von den Präfecten zugegangen waren, gefaßt.“

In der Sitzung des französischen Senates vom 22. d. M. wurde über den Gesetzentwurf, betreffend die Abschaffung der Feldgeistlichkeit, verhandelt. In der Specialdebatte bekämpfte Chesnelong die Vorlage in Form eines Amendements, nach welchem die Gesetze über die Feldgeistlichkeit vom 20sten Mai und 3. Juni 1874 fortbestehen sollen. Der Staat, sagt der Redner, darf den Soldaten das Opfer ihres Lebens, aber nicht das ihres Glaubens zumuthen. Sie

Spitze seiner Lanzette in eine mit Blut verunreinigte Vaccinolymphe taucht und so vielleicht einige Blutkörperchen mit aufstodet und in den andern Organismus verpflanzt. Es ist diese ganze Procedur, — ich betone es, — eine sehr einfache, leichte, und da nur die Oberhaut geritzt wird, durchaus schmerzlose. Die beste und zuverlässigste Impfmethode ist die von Arm zu Arm mit humanisierter Lymphe, welche, wie es hier in Laibach geschieht, durch echten Kuhpockenstoff jedes Jahr regenerirt wird. Der Bezug von gezüchteter Kälberpockenlymphe erweist sich als sehr umständlich, kostspielig und dabei unzuverlässig, indem in vielen Fällen die Impfung nicht haftet und demnach resultatlos ist. Es müßte denn sein, daß sich Land und Stadt zu pecuniären Opfern einmal herbeiließen, hier in Laibach eine solche Anstalt ins Leben zu rufen und zu erhalten. Verba movent, exempla trahunt.

Als Student hörte ich von einer bekannten medicinischen Koryphäe, welche bei jeder Gelegenheit, im Collegium, im Landtage, in der Gesellschaft im leidenschaftlichsten Tone gegen die Impfung loszog und welcher der Himmel durch die Frau zweiter Ehe ein herziges Mädchen schenkte, erzählen, daß die besorgte Gattin dasselbe — es hieß dann, hinter dem Rücken des Gemahls — impfen ließ. Kurz, das einzige Kind des Herrn Professors ist derzeit geimpft. Ein viel bekannter, geachteter Familienvater in Laibach besaß sechs Kinder, welche er einst sämmtlich impfen ließ, wobei sich aber der Zufall ereignete, daß bei zweien die Impfung nicht haftete. Alle sechs Kinder erkrankten später an Blattern, und gerade die zwei letztgenannten, bei welchen die Vaccination keinen Erfolg hatte, erlagen

der Krankheit, während die vier übrigen ohne jeglichen Nachtheil mit dem Leben davon kamen. Ich kenne in Laibach eine zweite sehr achtbare Familie, deren sämmtliche Kinder glücklich geimpft wurden: nur für das jüngste Schoßkind trägt man infolge fremder Einflüsterungen Impfsbedenken. Welch stete Besorgnis für die Zukunft und welche Verantwortung übernehmen die Eltern für den Fall einer wirklichen Erkrankung an Blattern, von denen in jüngster Zeit wieder einige vereinzelte Fälle zur Beobachtung gelangten!

Zum Schlusse lasse ich zur Erhärtung des Gesagten über die Vortheile der Vaccination Zahlen sprechen, welche auf einige größere Städte Deutschlands und unsere Residenzstadt Bezug haben. — Nach einer vom deutschen Reichs-Gesundheitsamte herausgegebenen statistischen Tabelle sind im Jahre 1877, wenn wir die Verhältnisse in den Städten von 15,000 und mehr Einwohnern in Betracht ziehen, bei einer Einwohnerzahl von 7.262,806 nur 42 Todesfälle an Pocken vorgekommen: in Berlin bei einer Einwohnerzahl von 1.006,974 sind nur vier Todesfälle an Pocken im Jahre verzeichnet, — in Hamburg mit 356,653 vier Todesfälle, — in Köln mit 137,464 Einwohnern kein Todesfall an Pocken, — in Bamberg mit 118,687 kein Todesfall, — in Breslau mit einer Einwohnerzahl von 257,000 zwei Todesfälle, — in München 215,000 kein Todesfall, — in Dresden mit 205,314 zwei Todesfälle. Es sind dies in der That frappierende Zahlen, wenn man damit die Verhältnisse in Wien, wo der Impfwang noch nicht besteht, vergleicht.

Wir hatten in Wien allein:

im Jahre 1872	3334	Pockentode,
" " 1873	1810	"
" " 1874	928	"
" " 1875	791	"
" " 1876	1200	"
" " 1877	588	"

Diese günstigen Verhältnisse, welcher sich Deutschland rücksichtlich der Verbreitung der Pocken seit Einführung (1874) des Impfwanges erfreut, mögen den Wiener Magistrat in letzterer Zeit bewogen haben, bei der Statthaltereirei den directen Antrag auf Einführung des Impfwanges zu stellen, und letztere hat den niederösterreichischen Landes-sanitätsrath aufgefordert, seine Ansicht darüber auszusprechen. Vederemo!

Dieses Wenige möge denn genügen, um manchen für das Wohl ihrer Kinder besorgten Eltern ihre Aengstlichkeit und exorbitante Anschauungen hinsichtlich der Impfschädlichkeit zu benehmen und die Wankelmüthigen zu bestimmen, ihre Kinder der Wohlthat der Impfung, welche eine statistisch erwiesene größere Schutzkraft gegen die Infection durch das Blattercontagium verleiht und im Ansteckungsfall eine geringere Sterblichkeit bedingt, nicht zu entäußern, abgesehen davon, daß der Staat bei Verleihung gewisser Emolumente dem Bittsteller die Präsentation des Impfzeugnisses auferlegt, wenn schon nicht aus Pietät für die Altvordern, welche selbst geimpft waren und ihre Kinder, an welche nun dieselbe Pflicht herantritt, impfen ließen.

wollen nur einer Truppe, die mehr als 2000 Mann stark und mehr als fünf Kilometer von einer Kirche entfernt ist, einen Priester bewilligen. Was sollen aber die Mannschaften thun, für welche diese beiden Bedingungen nicht zutreffen? Die Vorlage bildet nur einen Bestandtheil des großen Vernichtungsplanes, welchen man gegen unsere kirchlichen Einrichtungen im Schilde führt. Man will die Religion in die Kirche sperren, damit sie nicht in die Gesellschaft eindringe; in derselben Absicht hat man sie schon aus der Schule vertrieben. Es ist dies einfach die Confiscation aller Rechte der christlichen Gewissen; das einmal muß der Familienvater, das anderemal der Priester und der Soldat das Opfer sein. — Kriegsminister General Farre berief sich auf die Autorität des Marschalls Soult, welcher im Jahre 1844 aus Anlaß eines katholischen Soldatenbundes, der sogenannten „Légion de Saint-Maurice“, den Corpsführern einschärfte, keine derartige Einmischung der Kirche in das Leben der Armee zu dulden, und des Generals Trochu, der, obwohl ein strenger Katholik, sich entschieden gegen das Institut der Feldgeistlichkeit in Friedenszeiten und den officiellen Religionsunterricht in der Armee aussprach. Man spreche von Glaubensfreiheit; wenn aber die Truppen ohne Rücksicht auf das Bekenntnis des Einzelnen zum Dienste in der Messe commandirt werden, heißt das nicht erst recht der Glaubensfreiheit zu nahe treten? Nach einer Replik Chesnelongs und einer Schlussrede des Berichterstatters Foucher de Careil wurde das Amendement des ersteren mit 167 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

### Bulgarische Greuel.

Im Februar dieses Jahres haben bekanntlich im ostrumelischen Bezirke von Kirdschali Unruhen stattgefunden, bei deren Unterdrückung sich die ostrumelischen Milizen der schwersten Ausschreitungen und Grausamkeiten schuldig machten. Auf Verlangen der Pforte und auf das Drängen der Consuln, namentlich des Herrn Mitchell, hat der Generalgouverneur Aleko Pascha eine Untersuchung angeordnet, deren Ergebnis jetzt von der ostrumelischen Regierung veröffentlicht wird. Daß die aus Officieren und Beamten der ostrumelischen Regierung bestehende Untersuchungscommission einen besonderen Eifer in Aufdeckung der von ostrumelischen Officieren und Soldaten begangenen Verbrechen entwickelt hat, ist nach Lage der Sache leider nicht anzunehmen, vielmehr darf man wohl glauben, daß sie so schonend als möglich vorgegangen ist, was auch schon dadurch bewiesen wird, daß sie für alle Verbrechen, bei denen die Schuld bulgarischer Milizen nicht ganz unzweifelhaft sich herausgestellt hat, andere Leute verantwortlich zu machen sucht. Trotzdem aber bleiben noch zahllose Verbrechen übrig, bei denen von der Commission festgestellt wurde, daß sie von Milizen begangen wurden: Mord, Brandstiftung, Nothzucht, Diebstahl stehen auf jeder Seite des traurigen Schriftstückes. Daß dieses trotzdem veröffentlicht wurde, verdient immerhin Anerkennung, denn man darf wohl daraus schließen, daß die ostrumelische Regierung es mit dem Schutze der unglücklichen Muhamedaner endlich etwas ernster zu nehmen gewonnen ist. Wie es aber mit der Lage der Muhamedaner in Ostrumelien steht, dafür bietet der vorliegende Bericht der Commission — der, nebenbei bemerkt, auch drei europäische Officiere, Oberst Borthwick, Oberstlieutenant de Toustain und Stabscapitän Figan angehört — einen schlimmen Beleg.

Der Bericht dieser Commission spricht für sich selbst. Vierundzwanzig Dörfer sind von den ostrumelischen Milizen unter Führung eines Unmenschen, des ehemaligen russischen Capitäns Yacherow, mehr oder minder verwüstet worden. Fast allen Officieren, die unter seinem Commando standen, anscheinend lauter Russen, sind Mord, Mißhandlung und Diebstahl nachgewiesen worden. Im Dorfe Rodcha Kichla wurden nach Angabe der Ortsbehörde 42 Frauen, darunter 24 verheiratete, entehrt und ein 17jähriger Türke vom Lieutenant Dobrew erschlagen. In Tepe Alti wurden zwei 90jährige Greise, in Kiralar zwei Greise von 80 und 75 Jahren, in Alledin ein Ehepaar, Mann und Weib, 90 Jahre alt, in Alender eine Frau von 70 Jahren ermordet. Diese Unglücklichen waren die Einzigen, die wegen ihres hohen Alters bei Annäherung der Milizen nicht ihre Dörfer verlassen konnten; sie verfielen daher dem grausamen Geschick, dem sich die übrigen Bewohner rechtzeitig durch die Flucht entzogen. In Akbunar wurde gleichfalls eine 90jährige Frau durch Bajonnettstiche getödtet, eine 25jährige aufgehängt. Letztere That will die Commission allerdings von den Milizen auf die Paschibozu-Banden abwälzen.

Man sollte meinen, daß angesichts einer so großen Menge von Verbrechen die Auffindung einer großen Menge von Schuldigen hätte gelingen müssen. Dagegen heißt es im Schlussworte der Commission: „Der Befehlshaber Capitän Yacherow, kann keines Vergehens angeklagt werden; ihm fällt nur die moralische Verantwortung zur Last, weil er sein Commando mit sträflicher Leichtfertigkeit geführt und die unter seinem Befehle stehenden Truppen die begangenen Mißgriffe hat verüben lassen. — Capitän Timofejew hat sich Ueber-

griffe gegen zwei seiner Bewachung anvertraute Gefangene schuldig gemacht und wird wegen Brandstiftung angeklagt. — Capitän Nikolajew wird wegen versuchter Entwendung von Vieh und Tabak angeklagt. — Lieutenant Engelhard wird angeklagt, einem bulgarischen Bauer Vieh verkauft zu haben, das seine Abtheilung genommen hat. — Lieutenant Dobrew wird angeklagt, einem 17jährigen Türken (der inzwischen gestorben ist) Säbelhiebe beigebracht zu haben. Außerdem hat ihn der Commandant der Colonne, Yacherow, angezeigt, weil er ein Haus hat anzünden lassen.

Sodann wird eine Anzahl Leute, darunter aber nur zwei Soldaten, wegen Brandstiftung und Diebstahls angeklagt, und in einer Note wird noch hinzugefügt, daß Capitän Yacherow auf Anzeige des Consul Mitchell in Untersuchung gezogen sei unter der Beschuldigung, zwei türkische Greise ermordet zu haben, damit sie später nicht als Zeugen gegen ihn auftreten könnten. Für die verursachten Zerstörungen hat die Commission eine Entschädigung von 5000 türkischen Pfund (92,500 Mark) bewilligt. Auch hat die Commission den Vorschlag gemacht, achtzehn entehrte junge Mädchen mit Geld abzufinden, indessen haben die türkischen Mitglieder der Commission aus Zartgefühl dieses Geschenk zurückgewiesen.

### Tagesneuigkeiten.

— (Weltausstellung 1883 in Newyork.) Im Jahre 1883 feiert Nordamerika das hundertjährige Jubiläum des Friedensschlusses mit England, und um diesen Gedenktag würdig zu feiern, trat den 22. Juni eine Commission in Newyork zusammen, um über die Details einer im Principe von der Regierung bereits bewilligten Weltausstellung, die im Jahre 1883 in Newyork stattfinden hätte, zu berathen. Die Ausgaben der Ausstellung sind auf 11.132,587 fl. veranschlagt.

— (Vom Büchertisch.) Ueber das Pierer'sche Conversations-Lexikon (Gotha, Literarisches Institut), dessen neuer Ausgabe in Verbindung mit der Lotterie des „Mitteldeutschen Neuvereins in Gotha,“ wir bereits vor einiger Zeit gedachten, liegen uns eine Anzahl Aussprüche von anerkannten Männern der Wissenschaft vor, aus welchen unzweifelhaft hervorgeht, daß dieses Werk zu den hochbedeutendsten und gemeinnützigsten Erscheinungen auf dem literarischen Markte zählt. So schreibt Professor Dr. Hermann von Schlagintweit-Sakulinski in München: „Das Erscheinen des großen Pierer'schen Universal-Conversations-Lexikons, gegenwärtig in einer 6. Auflage durchgearbeitet, bietet in der befriedigendsten Weise Vielseitigkeit des Stoffes mit Berücksichtigung auch des neuesten wissenschaftlichen Fortschrittes. Es genügt hervorzuheben, daß auch der Fachmann in den Gebieten seiner eigenen Beobachtungen von den Ergebnissen der Neuzeit nichts vermisst und daß ihm überdies gerade das, was stets in der Literatur für ihn zu suchen bleibt, nämlich Zusammenstellung der biographischen und historischen Daten der Wissenschaft, gleichfalls reichlich geboten ist.“

— Der Ausspruch des Dr. H. v. Schmid (München) lautet: „Das Conversationslexikon von Brockhaus hat bereits Herrliches geleistet, kaum geringer sind die Verdienste des von Meyer herausgegebenen — in würdigster Weise schließt sich seinen Vorgängern das in neuer Form fortgesetzte Unternehmen Pierer's an. Dasselbe übertrifft dieselben sogar in mehrfacher Beziehung, indem es nicht nur reichhaltiger an Stoff, sondern auch in einem Tone geschrieben ist, der sich mehr dem allgemeinen Verständnis und Bildungsbedürfnis des Volkes, als dem des gelehrten Forschers anbequemt. Die Artikel sind in jener nervigen Kürze geschrieben, welche alles, was zur Erschöpfung des Begriffes gehört, genau und vollständig umfaßt, alles Ueberflüssige aber streng vermeidet und ausschließt. Dieselben haben überdies den Vorzug, daß sie durchaus sachlich gehalten sind und jedes Bestreben einer parteilich gefärbten Darstellung, namentlich in politischer und geschichtlicher Hinsicht, gänzlich vermeiden. Der Leser hat daher die beruhigende Gewissheit, die ganze Wahrheit und nur die Wahrheit zu erfahren, um so mehr, als der wirklich ausgezeichnete Kreis von Gelehrten, welche als Mitarbeiter genannt sind, schon an und für sich hierfür Bürgschaft leistet und als auch sämtliche Artikel mit Namen oder Chiffre der Verfasser unterzeichnet sind, welche auf diese Weise mit vollem Gewicht ihrer Namen und ihrer literarischen Bedeutsamkeit für das Gesagte einstehen.“

### Locales.

— (Festschießen.) Das von der Laibacher Rohrschützengesellschaft zu Ehren des Herrn Landespräsidenten Winkler veranstaltete dreitägige Festschießen wurde gestern vormittags unter lebhafter Theilnahme seitens der Herren Schützen eröffnet. Um halb 2 Uhr vereinigte dieselben ein gemeinschaftliches Diner im Hotel „Europa“, bei welchem die zum Feste aus Götz bestellte und mit dem Mittagzuge hier eingetroffene Musikkapelle des Infanterieregiments Freiherr v. Hess Nr. 49 unter persönlicher Leitung ihres Kapellmeisters Herrn Müller in ausgezeichnete Weise die Tafelmusik besorgte. Die animierte Stimmung kam hierbei in einer Reihe

von Toasten zum Ausdruck, von denen der erste vom Herrn Oberschützenmeister Dr. Ritter v. Stöckl auf Se. Majestät den Kaiser, als den obersten Protector aller österreichischen Schützen, und der zweite vom Herrn Unterschützenmeister Emerich Mayer auf Se. k. k. Hoheit Erzherzog Ernst, als den speciellen Protector des Laibacher Schießstandes, ausgebracht und stürmisch begrüßt wurde. Ein dritter Trinkspruch galt dem Wohle des jüngsten Gesellschaftsmitgliedes Herrn Landespräsidenten Winkler; ihm folgten noch weitere Toaste auf den allverehrten Oberschützenmeister, auf die anwesenden Triester Gäste, in deren Namen Herr Rittmeyer dankend erwiderte, u. m. a., bis die herangebrochene dritte Nachmittagsstunde zur Fortsetzung des Schießens mahnte. Leider war das Fest durch die in Laibach schon seit vielen Wochen nahezu permanent regnerische Witterung, die mit Unterbrechungen auch gestern bis zum Nachmittage anhielt und den Zugang zur Schießstätte für Fußgeher sehr erschwerte, nicht unwesentlich beeinträchtigt. Glücklicherweise heiterte sich der Himmel wenigstens gegen 4 Uhr nachmittags so weit auf, daß man die späteren Stunden im Freien zubringen konnte und daß es den trotz der Ungunst der Verhältnisse doch sehr zahlreich auf dem Schießplatze erschienenen Gästen aus der Stadt ermöglicht war, an den vor und ober der Schießhalle befindlichen Tischen die Vorträge der Regiments-Musikkapelle anzuhören, die von halb 5 Uhr an daselbst ein sehr gewähltes Programm ausführte.

Schlag 5 Uhr kam der Herr Landespräsident angefahren und wurde unter den Klängen der Volkshymne vom Schützenrathe achtungsvoll empfangen und zum Portale der Schießhalle geleitet, woselbst den Angekommenen die mit ihrer Fahne in Spalier aufgestellten uniformierten Mitglieder der Rohrschützengesellschaft sowie die übrigen zum Feste erschienenen Gäste erwarteten, unter denen wir den Herrn Landeshauptmann Hofrath Dr. Ritter v. Kaltenecker und den Herrn Bürgermeister Regierungsrath Paschan nebst einigen Mitgliedern der krainischen Landesvertretung und des Laibacher Gemeinderathes, sowie den Herrn Stationscommandanten Obersten Michalik an der Spitze zahlreicher Stabs- und Oberofficiere der hiesigen Garnison bemerkten. Der Herr Oberschützenmeister Regierungsrath Dr. Ritter v. Stöckl richtete hier an den Herrn Landespräsidenten eine kurze Ansprache, in welcher er betonte, daß die Gesellschaft dem Herrn Landespräsidenten zum besondern Danke dafür verpflichtet sei, daß er gleich nach seinem Eintritte ins Land unaufgefordert der Gesellschaft als deren Mitglied beigetreten sei. Um für diese ihr erwiesene Ehre nach Schützenart zu danken, habe die Gesellschaft dem Herrn Präsidenten zu Ehren das heutige Festschießen veranstaltet und freue sich, ihn aus diesem Anlasse in ihrer Mitte zu sehen. Als Vorstand der Gesellschaft danke er dem Herrn Präsidenten für sein Erscheinen und erlaube sich, ihn vor der Schwelle des Hauses mit Wort und Schützenhandschlag achtungsvoll zu begrüßen.

Der Herr Landespräsident erwiderte diese Begrüßung mit einer freundlichen Ansprache, in welcher er zunächst seinen Dank für das ihm zu Ehren gegebene Festschießen ausdrückte, welches durch die gleichzeitige Anwesenheit der zu demselben erschienenen Mitglieder der Landes- und Gemeindevertretung eine erhöhte Bedeutung erlange. Da er selbst der Gesellschaft erst viel zu kurze Zeit angehöre, um überhaupt in der Lage gewesen zu sein, ihr einen Dienst zu erweisen, so könne er die Bestimmung des heutigen Festes nicht so sehr in einer seiner Person, als vielmehr seiner Stellung als Landespräsident zugebachten Auszeichnung suchen. Eben hierin aber erblicke er einen neuerlichen Beweis der die Laibacher Rohrschützengesellschaft seit jeher in hervorragender Weise auszeichnenden loyalen Gesinnungen, da die Gnade Sr. Majestät des Kaisers es sei, der er seinen ehrenvollen Posten im Lande zu verdanken habe. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, sei er daher um so lieber in den Kreis der Schützen gekommen und wiederhole nochmals seinen Dank für die ihm bereitere Auszeichnung.

Der Herr Präsident begab sich hierauf, geleitet von den Hausherren, in den Schießstand, woselbst das für kurze Zeit unterbrochene Schießen wieder aufgenommen und unter lebhafter Theilnahme bis zur Dämmerung fortgesetzt wurde. Ohne sich am Schießen selbst activ zu betheiligen, verfolgte der Herr Präsident den Verlauf desselben mit regem Interesse und unter lebhafter Conversation mit den anwesenden Festtheilnehmern, besichtigte die ausgestellten, aus Golddecorationen und vielen sehr zierlichen, innen vergoldeten Silberbechern bestehenden Beste, sowie die im Vorsaale befindliche interessante Gallerie der seit mehreren Jahrhunderten bis auf die neueste Zeit in Delbildern vereinigten Oberschützenmeister der Gesellschaft und verließ, von den Functionären bis zum Wagen geleitet, erst in vorgerückter Abendstunde den noch von zahlreichem Publicum belebten Festplatz.

— (Laibacher Liedertafel.) Das zugunsten der verunglückten Unterkrainger für Samstag abends im Casinogarten anberaumt gewesene Sommerfest der „Laibacher Liedertafel“ mußte infolge der regnerischen Witterung in letzter Stunde leider abgesagt werden, obwohl alle Vorbereitungen für dasselbe bereits getroffen waren und man seitens des Comités noch um 4 Uhr nachmit-

